

Political Correctness schlägt selbst im Radsport zu



Von MANFRED W. BLACK | Die Political Correctness-Diktatur nimmt immer groteskere Formen an. In den USA wurde nun ein erst 19-jähriger Profi-Rennradfahrer wegen eines harmlosen politischen Tweets suspendiert. In Deutschland sind zwei Spitzenfunktionäre des nationalen Radsportverbandes schon vor einiger Zeit deswegen zum Rücktritt gezwungen worden, weil sie kritische Nachrichtenartikel zur Regierungspolitik „geteilt“ oder verbreitet hatten.

USA: Maulkorb – ein 19-jähriger Profi-Radrennfahrer wird suspendiert

Der US-amerikanische Profi-Radrennstall „Trek-Segafredo“ hat vor wenigen Tagen seinen Rennfahrer Quinn Simmons wegen angeblich „spaltender, brandgefährlicher und schädlicher“ Äußerungen bis auf Weiteres suspendiert. In Wirklichkeit bestand sein „Vergehen“ im Kern lediglich darin, dass er sich auf Twitter als Unterstützer Donald Trumps zu erkennen gegeben hatte.

Die üble Strafmaßnahme des Profi-Teams wurde von seinen Presseverantwortlichen mit „progressiven“ Worthülsen eifrig vernebelt. „Trek-Segafredo ist eine Organisation, die Inklusivität schätzt und sich für einen vielfältigeren und gerechteren Sport für alle Athleten einsetzt“, schrieb der Rennstall. Man unterstütze zwar das Recht auf Meinungsfreiheit – so hieß es drohend und nebulös zugleich –, „aber wir werden

die Menschen für ihre Worte und Taten zur Rechenschaft ziehen“.

Was war konkret geschehen? Simmons, der 2019 Straßen-Juniorenweltmeister wurde und als großes Talent des Radsports gilt, führte vor ein paar Tagen via Twitter einen kleinen Disput mit der niederländischen Sportjournalistin José Been. Ausgangspunkt der Kontroverse: ein Tweet der Holländerin an ihre Follower: „Wenn ihr mir folgt und Trump unterstützt, könnt ihr gehen.“ Das war „ein durchaus provokanter Post“ (*Die Welt*), der umgehend von sehr vielen Lesern kommentiert wurde.

Auch Simmons setzte einen Kommentar ab. Der Nachwuchs-Profi aus Colorado antwortete der Holländerin kurz und bündig mit: „Bye“. Und versah seine Reaktion mit einem winkenden Emoji-Händchen.

Ein anderer Twitter-Nutzer schrieb flugs bei Been unter Bezugnahme auf Simmons: „Anscheinend ein Trumper.“ Worauf der Radrennfahrer mit „Das stimmt“ antwortete und diese Äußerung mit einem Emoji der US-Flagge schmückte. Schnell folgte im Netz eine hitzige Debatte. Dann reagierte plötzlich sein Rad-Arbeitgeber: Simmons wurde suspendiert. Damit steht der 19-Jährige vor seiner Entlassung.

Zur Rolle rückwärts gezwungen

Tags darauf traten Verantwortlichen von Trek-Segafredo und Quinn Simmons gemeinsam mit einer neuen Stellungnahme an die Öffentlichkeit. Der Rennstall erklärte, seinen Jungstar deswegen suspendiert zu haben, „weil er sich auf Twitter in einer Art und Weise an Gesprächen beteiligte, die wir als unpassend für unsere Athleten empfanden“.

Simmons sah sich zum Rückzug gezwungen. Er erklärte, er verfolge keinerlei rassistische Ziele. Der Nachwuchsprofi sagte auch, er wolle sich bei allen entschuldigen, die seinen Tweet „als Beleidigung empfunden haben“. Er spreche sich unmissverständlich gegen jede Art von Rassismus aus. „Ob ihm

das Zurückrudern eine baldige Rückkehr in seine Radkarriere ermöglicht, ist allerdings noch unklar“ (*Die Welt*).

Shitstorm gegen den Vertreter Rudolf Scharpings

Weitere Beispiele dafür, dass inzwischen auch im Radsport massiv politische Zensur ausgeübt wird, sind zwei Spitzenfunktionäre des nationalen Radsportverbandes BDR, die sich Jahre und Jahrzehnte ehrenamtlich für den Radsport engagiert hatten: der langjährige Vertreter des BDR-Präsidenten von Rudolf Scharping, Peter Streng, und der ehemalige Vizepräsident des Verbandes, Manfred Schwarz, der für die BDR-Medienarbeit verantwortlich zeichnete.

Peter Streng ist 2016 über Nacht zum Opfer eines blindwütigen Shitstorms geworden, der maßgeblich entfacht wurde durch linke und linksradikale Aktive aus der Radsportabteilung des bekannt „progressiven“ FC St. Pauli. Was hatte Streng „verbrochen“?

Angeprangert: Ein Syrer mit vier Ehefrauen und 23 Kindern – von der Sozialhilfe rundum versorgt



Peter Streng.

Streng hatte es – auf seinem privaten Facebook-Auftritt – gewagt, zum Beispiel eine Meldung des konservativen *Deutschen Arbeitgeberverbandes* auf Facebook zu „teilen“, in der kritisch über einen syrischen „Flüchtling“ berichtet wurde, der in Rheinland-Pfalz mit vier Ehefrauen und 23 Kindern lebt und der dem Staat monatlich riesige Summen „Sozial“-Geldes kostet: Die

Schätzungen bewegen sich auf 10.000 bis 30.000 Euro (je nachdem, wie weit besondere Zuschläge für vier Wohnungen oder Häuser, Möbel, Kleidung, Kurse oder sozialpädagogische Betreuung gerechnet werden).

Der Shitstorm brach nicht etwa aus, weil die Meldung grundsätzlich nicht stimmte (nur die genaue monatliche Summe an Sozialgeldern war umstritten), sondern weil es Streng gewagt hatte, diese enorm kostspielige Viel-Ehe – die in Deutschland noch dazu gesetzlich verboten ist – indirekt zu kritisieren, in dem er diese Meldung auf seiner Facebook-Seite „teilte“. Als „rechtspopulistisch“ wurde das gebrandmarkt.

Schnell wurde in etlichen Medien der Rücktritt des Funktionärs gefordert. Über Wochen gab es geschmacklose Angriffe auf den Vizechef des Radsportverbandes. Rudolf Scharping – der einst wegen der Hunziger-Affäre und wegen peinlicher Mallorca-Pool-Fotos mit seiner damaligen Frau, der Gräfin Kristina Pilati, sein Amt als Verteidigungsminister hatte aufgeben müssen – ließ seinen langjährigen Weggefährten schnell fallen wie eine heiße Kartoffel.

Der ehemalige SPD-Kanzlerkandidat Scharping fürchtete offenbar, selbst in die politische Bredouille zu kommen. Auch die Präsidiumskollegen Strengs hielten fast durchgehend öffentlich still – so, als gebe es sie gar nicht mehr. Kollegiale Solidarität? Davon war nichts mehr zu spüren. Man wollte nicht auch des Rechtspopulismus geziehen werden, die Kollegen sahen ihre Präsidiumsämter in Gefahr. Diese Furcht wurde noch verstärkt, als auch Vizepräsident Manfred Schwarz in die Negativ-Schlagzeilen geriet.

Kritischer Pressespiegel wird als „rechtspopulistisch“ diskreditiert



Manfred
Schwarz.

Manfred Schwarz war zu diesem Zeitpunkt rund acht Jahre Vizepräsident des nationalen Radsportverbandes. Im Zuge der Kontroversen um Peter Streng wurde Schwarz über Nacht von Journalisten in einigen Medien und in einer Meldung der Nachrichtenagentur *dpa* zumindest unterschwellig vorgeworfen, er verbreite – außerhalb seiner ehrenamtlichen Arbeit für den Verband – einen privaten politischen Pressespiegel, der angeblich politisch einseitig ausgerichtet sei. Selbst die Wochenzeitungen *Die Zeit* und der *Kicker* meldeten sich bald zu Wort. *Der Spiegel* brachte sogar zwei Storys zu diesem Thema.

Dabei wurde nicht etwa behauptet, dass Schwarz Fake News verschickt. Angeprangert wurden vielmehr die Auswahl der Nachrichten und die Auswahl der Zeitungen und Zeitschriften. Tatsächlich wurden in dem seit etlichen Jahren herausgegebenen Pressespiegel in aller Regel Artikel aus Medien wie der *FAZ*, der *Welt*, dem *Hamburger Abendblatt* oder den Magazinen *Focus* und *Spiegel* präsentiert. In sehr wenigen Ausnahmefällen waren auch Beiträge etwa der *Jungen Freiheit* zu lesen. Im kritischen Fokus der ausgewählten Meldungen standen vor allem die Flüchtlingspolitik, Politische Korrektheit, Kriminalität sowie die EU- und die Euro-Politik.

Im *Spiegel* wurde der eher links positionierte Verbands-Generalsekretär des Verbandes nebulös mit den Worten zitiert, man habe in der Pressespiegel-Arbeit von Schwarz „zwar ‚nichts Extremes‘ gefunden, aber wer aufmerksam liest, erkennt, woher

die Wortwahl kommt'“. Auf Deutsch: Vizepräsident Manfred Schwarz wurde als „rechts“ verdächtigt, obgleich er nichts anderes als die Wahrheit verbreitet hatte.

Die Political Correctness fordert ihre Opfer

Heftige, wochenlange Auseinandersetzungen folgten. Nur hinter vorgehaltener Hand ließen etliche Funktionäre ihre Kollegen Streng und Schwarz wissen, dass diese doch nur Fakten beleuchtet hätten. Öffentlich aber schwiegen sie alle – die langjährigen Weggefährten. Solidarität sieht anders aus. Schließlich sahen sich Peter Streng und Manfred Schwarz gezwungen, ihre Ämter niederzulegen.

Zivilcourage ist in Deutschland wieder zu einem Fremdwort geworden. Die verfassungsgemäß garantierte Presse- und Meinungsfreiheit gilt de facto weitgehend nur dann, wenn man nicht die Politik der jetzt herrschenden Parteien in Frage stellt. Insofern sieht es nicht mehr gut aus – mit der Demokratie in der Bundesrepublik.